Appell an die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine und an
den Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann gegen die Ratsvorlage am 3. Dezember 2019

35. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine
Kennwort: "Wohnmobilstellplatz am Emsufer"

Revidieren Sie die Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses in das Überschwemmungsgebiet der Emsaue an der Grenze zum FFH Schutzgebiet eine Stellplatzanlage für Wohnmobile zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Rheine,

am 3. Dezember steht auf der Tagesordnung des Rates die Entscheidung über die Anlage eines Wohnmobilstellplatzes auf dem Gelände an der Ems, das der Kanuclub Rheine gepachtet hat. Wir wissen, wie lange die Diskussion um einen geeigneten Stellplatz für Wohnmobile in Rheine schon währt. Auch den entlastenden Seufzer, nun endlich mit diesem Standort einen attraktiven Stellplatz gefunden zu haben, haben wir gehört – und selbst in unserer Fraktion vernommen. Dennoch richten wir heute den Appell an Sie, diesem Vorschlag nicht zuzustimmmen.

Durch seinen Sport ist es bedingt, dass das Areal des Kanuclubs unmittelbar an der Ems liegt, was allerdings zugleich bedeutet: in einem ökologisch hochsensiblen Gebiet, das nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie als besonders erhaltenswert eingestuft und deswegen auch besonders geschützt ist.

Der Beginn der Suche nach einem Standplatz für Wohnmobile liegt in den 1990er Jahren. Schon damals war uns allen bewusst, dass wir mit den Ressourcen dieser Erde höchst verantwortungsvoll und eben nicht leichtfertig, geschweige denn rücksichtslos umgehen dürfen. Das Klimaprotokoll von Kyoto 1997 ist regelmäßig fortgeschrieben worden, und die große Mehrheit der Völker dieser Erde hat inzwischen realisiert, dass die Fragen des Klimawandels keinen Aufschub mehr dulden. 2015 haben sich die Staaten der Erde in Paris auf ein Klimaprotokoll geeinigt, das uns deutlich gemacht hat, dass „die planetarischen Grenzen“, unterteilt in neun Rubriken, in einigen Bereichen bereits überschritten und wir deshalb zu dringlichem Handeln aufgefordert sind. Ab dem 2. Dezember dieses Jahres bilanziert die UN-Klimakonferenz im Madrid die Fortschritte seit Paris 2015. Die Bundesregierung hat jüngst amtlich bestätigt, dass die in Paris für 2030 beschlossene Obergrenze für den globalen Temperaturanstieg von 1,5° in Deutschland bereits jetzt erreicht ist.

Bis 2030 sind es nur noch „zehn Ernten“! Bis dahin wollten wir den Wandel in der Klimapolitik geschafft haben. Das heißt für unsere Gesellschaft, auch für uns Grenzen zu ziehen und zu akzeptieren, dass es ein „weiter so“ nicht geben kann. Das bedeutet, dass wir mit unserer Erde nicht weiter umgehen können, als ob wir noch eine zweite *in petto* hätten. Folglich sind auch – dringlicher als je zuvor – Gebiete wie

die Emsauen zu schützen, ganz gleich, ob es um ein Gebiet „nur an der Grenze eines FFH-Gebietes“ geht oder ob es in der Vergangenheit üblich war, auf dieser Fläche des Kanuclubs zu campen oder ein einzelnes Wohnmobil zu parken. Selbst durch Ersatzpflanzungen, selbst in nächster Nähe, ließe sich das Klima im Großen nicht unmittelbar messbar beeinflussen, denn Kohlendioxidwerte lassen sich nur global reduzieren. Ersatzpflanzungen sind und bleiben eben nur Ersatz.

Im Juni dieses Jahres haben Sie als Mitglieder im Rat der Stadt Rheine anerkannt, dass es einen weltweiten „Klimanotstand“ (*climate emergency*) gibt. Damals sind Sie Ihrem Gewissen gefolgt und haben diesem sehr ernsten Vorschlag zugestimmt. Wir appellieren an Sie, mit derselben Ernsthaftigkeit des Gewissens heute Ihrer Entscheidung vom Sommer auch Taten folgen zu lassen, die der Ausrufung dieses „Notstands“ entsprechen.

Es ist geplant, beim Neubau des neuen Kombibades Wohnmobilstellplätze einzurichten. Und heute gibt es schon ausgewiesenen Plätze auf dem Zooparkplatz. Es besteht also gar keine Not-wendigkeit, in ein ökologisch hochsensibles Gebiet einen Tourismus zu locken, der weder in Einklang mit den globalen Klimazielen noch in Einklang mit der FFH-Schutzwürdigkeit der unmittelbar angrenzenden Ems steht.

Bundeskanzlerin Merkel hat am vergangenen Mittwoch in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages zum Klima darauf hingewiesen, dass die in Deutschland lebenden Menschen zwar nur 1% der Weltbevölkerung ausmachen, aber für 2% der weltweiten $CO_2$-Emissionen verantwortlich sind, und sie hat hinzugefügt, das begründe eine hohe Verantwortung für uns. Daher appellieren wir an Sie: Denken Sie in diesem Sinne global, und handeln Sie bitte auch in diesem Sinne lokal: Folgen Sie ihrem Eingeständnis eines Klimanotstands vom Sommer dieses Jahres, und revidieren Sie die Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses! Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Wir sind auf dieser Erde nur zu Gast und haben sie als Treuhänder für künftige Generationen zu verwalten. Bedenken Sie bitte, was wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig sind! Wir haben – wie der WWF es treffend ins Bild gesetzt hat – „die Mietsache schonend zu behandeln und in einem guten Zustand zurückzugeben“.

Mit freundlichen Grüßen

Silke Friedrich
Albrecht Fleischer
Bernhard Lang

© iStock / Getty Images
WWF
„Die Mietsache ist
schonend zu behandeln und
in gutem Zustand zurückzugeben."